

# **ZUERST KOMMT SCHENGEN, DANN BRÜSSEL!**

von Walter Wobmann, Nationalrat, Gretzenbach (SO)

**Nach aussen hin behaupten der Bundesrat sowie die CVP und FDP immer wieder das Gegenteil - doch der Bundesrat unternimmt mit Hilfe dieser Parteien und der vereinigten Linken alles, um die Schweiz in die EU zu führen. Bisher hat das Schweizer Volk diese Versuche allerdings nicht honoriert und alle entsprechenden Abstimmungen verworfen. Am 5. Juni 2005 wird die nächste Schlacht im "EU-Krieg" geschlagen, die Abstimmung über Schengen/Dublin.**

Mit dem denkwürdigen NEIN vom 6. Dezember 1992 hat das Schweizer Volk den damals zur Debatte stehenden Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verhindert. Damals hat ihn der Bundesrat zum „Trainingslager“ für die EU erklärt, quasi als Vorbereitung des Volkes für den Vollbeitritt. Zur Unterstreichung dieser Tatsache hat der Bundesrat in Brüssel kurz vor der EWR-Abstimmung gleich noch ein EU-Beitritts-gesuch deponiert. Im Jahre 2001 erteilte das Volk auch der „Ja zu Europa“-Initiative mit 77 Prozent Nein-Stimmen eine wuchtige Abfuhr. Damit demonstrierte das Schweizer Volk eindrücklich, dass es an der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes festhalten will.

## **Interessen der Wirtschaft sind befriedigt**

Die SVP wünschte bilaterale Verhandlungen, gemeint waren aber nicht Verhandlungen über alles und jedes. Doch genau das passierte. Die Ergebnisse der ersten Verhandlungsrunde mit der EU haben deutlich gezeigt, dass auch der von der SVP gewünschte bilaterale Weg nicht richtig angegangen wurde und weitaus bessere Ergebnisse hätten erzielt werden können. Immerhin konnten mit diesen Bilateralen Verträgen I aber wesentliche Interessen der Wirtschaft befriedigt werden. Diese hat seither auch keine weiteren Abkommen oder gar Integrations-schritte mehr angemeldet, respektive gefordert.

Eigentlich müsste man glauben, die EU-Beitritts-Frage sei vom Tisch und die schweizerische Europapolitik würde sich gegenwärtig darauf konzentrieren, Erfahrungen mit dem ersten bilateralen Vertragswerk zu sammeln. Doch weit gefehlt. Die Bilateralen Verträge I standen noch nicht einmal in Kraft, hat der Bundesrat bereits neue Verhandlungen mit der EU aufgenommen. Das Interessante daran war, dass von Seiten der EU lediglich Interesse angemeldet wurde, über eine Zinsbesteuerung und über Betrugsbekämpfung zu verhandeln. Alle anderen Verträge der Bilateralen II wurden somit von der Schweiz gewünscht. Doch von wem? Die Wirtschaft brauchte ja nichts mehr.

## Wie ein Fähnlein im Wind

In seiner Botschaft vom 23. Juni 1999 (BBl 1999 VI 6128) zu den bilateralen Abkommen I stellte der Bundesrat fest, dass bilaterale Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung **Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind**. Wörtlich erklärte der Bundesrat: *"Der Bundesrat hat den sektoriellen Weg in den letzten Jahren gründlich ausgelotet und dabei festgestellt, dass sich die institutionelle Isolation der Schweiz negativ auf Verhandlungsdauer und Verhandlungsaufwand auswirkt, dass solche Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind (Zollunion, Währungsunion, **Schengen**, Aussenhandels- und Sicherheitspolitik) und dass die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Weiterführung derartiger Verhandlungen gering ist"*.

Der Bundesrat flattert wie ein Fähnlein im Wind. Was 1999 von der Landesregierung noch kategorisch ausgeschlossen wurde, soll drei Jahre später auf wundersame Weise möglich sein. Nämlich Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zum Schengenraum. Und die Verhandlungen wurden nicht etwa von der EU gewünscht. -Nein: Die Schweiz hat drum gebettelt.

## Mit Sicherheit weniger Sicherheit

Jetzt will uns der Bundesrat das Schengen-Abkommen als Sicherheitsgewinn verkaufen. Dabei bringt Schengen nur eines, nämlich ein völliger Wegfall jeglicher Personenkontrollen an den Grenzen. Die Folgen wären mehr Kriminalität, mehr unkontrollierte Einwanderung, mehr Schwarzarbeit, mehr Arbeitslosigkeit und mit Sicherheit weniger Sicherheit.

Eine nüchterne Analyse der Europapolitik des Bundesrates und der bisher eingegangenen Verträge mit der EU zeigt klar auf, dass deren Nutzen für die Schweiz beschränkt ist, ihr aber viele Konzessionen abfordern. Insbesondere Schengen/Dublin dient einzig dazu, den Weg der Schweiz in die EU weiter zu ebnen. Es geht hauptsächlich darum, Hürden gegenüber der EU abzubauen, damit der Bundesrat seine Zielsetzung eines EU-Beitritts der Schweiz durchsetzen kann. Gerade mit einem Beitritt zu Schengen/Dublin kämen wir diesem Ziel einen grossen Schritt näher. Auch wenn der Bundesrat realisiert, dass ein EU-Beitritt derzeit keine politische Mehrheit finden würde, hält er stur an seinem Ziel fest und hat bis heute das Beitrittsgesuch nicht zurückgezogen. Er versucht das Volk zu blenden und der EU scheinbarweise beizutreten. Zuerst die Bilateralen I, dann die Bilateralen II, Schengen, Dublin, die Personenfreizügigkeit - danach kommt die Zollunion, die Übernahme des EURO und der Vollbeitritt. Der Weg ist klar vorgezeichnet.

Schengen/Dublin bringt der Schweiz mehr Nachteile als Vorteile. Zudem ist erwiesen, dass der Bundesrat mit einem Beitritt zum Schengenraum einen Teilbeitritt zur EU anstrebt. Das müssen die Schweizerinnen und Schweizer am 5. Juni mit einem wuchtigen NEIN zum Schengen-Abkommen verhindern.